

Was zählt die Umwelt?

Vor der Wahl | Die Onlineplattform glaube.at hat für den „Sonntag“ die Spitzenkandidaten zur Nationalratswahl mit Umweltfragen konfrontiert: ÖVP, SPÖ, FPÖ, NEOS und Grüne antworten.



Sebastian Kurz, ÖVP.
Foto: APA/Hochmuth



Pamela Rendi-Wagner, SPÖ.
Foto: APA/Huter



Norbert Hofer, FPÖ.
Foto: APA/Punz



Beate Meinel-Reisinger, NEOS.
Foto: APA/Schlager



Werner Kogler, Die Grünen.
Foto: APA/Hochmuth

○ **Klimawandel: Wie stehen Sie zu einer CO₂-Steuer? Wie wollen Sie klimafreundliche Mobilität erreichen?**

Es gibt schon jetzt CO₂-abhängige Abgaben. Weitere nationale CO₂-Steuermodelle lehnen wir ab, weil sie den ländlichen Raum und sozial Schwächere belasten. Wir wollen eines der ersten Länder Europas sein, das bei der Mobilität auf erneuerbare Energie und Innovation baut. Wir wollen leistbaren öffentlichen Verkehr sicherstellen.

Für uns ist es wichtig, die ökologische und die soziale Frage miteinander zu verbinden und Klimaschutz im Sinne der Menschen fair und sozial ausgewogen zu gestalten. Eine EU-weite, sozial ausgewogene CO₂-Steuer sehen wir als ein wesentliches Mittel, um Treibhausgase zu minimieren und unser Klima zu schützen.

Wir sind gegen die Einführung einer CO₂-Steuer, da Österreich ohnehin bereits eine solche in Form der Mineralölsteuer hat. Leider hatten wir nicht mehr die Möglichkeit, die Nahverkehrsmilliarde umzusetzen. Der Ausbau und die Förderung des öffentlichen Verkehrs sind wichtig, um die Klimaziele zu erreichen.

Wir setzen uns für eine aufkommensneutrale CO₂-Steuer ein, ohne die Gesamtsteuerbelastung zu erhöhen. Sie ist der beste Weg, Emissionen zu verringern. Wir wollen den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Fahrradinfrastruktur stärken, klimaschonende Individualmobilität fördern und den Transit auf die Schiene bringen.

Eine CO₂-Bepreisung ist unumgänglich. Ein Klimabonus garantiert, dass dies nicht auf Kosten von Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen geht. Durch Umsteuerung und das Ende klimazerstörender öffentlicher Ausgaben lässt sich ein Ausbau des öffentlichen Verkehrs finanzieren.

○ **Hunderttausende Jugendliche gehen für Klimaschutz auf die Straßen: Wie reagieren Sie auf „Fridays for Future“?**

Wir anerkennen diesen Einsatz. Unsere größten Errungenschaften bringen wenig, wenn wir dabei den Planeten und die Umwelt zerstören. Unabhängig vom Inhalt der Forderungen ist wichtig, das Demonstrationsrecht nicht gegen die Schulpflicht auszuspielen und auf gutes Zeitmanagement zu achten.

Wir nehmen die Anliegen der „Fridays for Future“-Bewegung sehr ernst. Darum wollen wir auch, dass sie an dem von uns geforderten nationalen Klimakonvent teilnimmt, um dort an konkreten Klimaschutzmaßnahmen mitzuarbeiten. Im Mai haben wir einen „Green New Deal“ für Österreich veröffentlicht.

Es ist gut, dass sich die Jugendlichen für das Thema interessieren. Hier Zeichen zu setzen ist gut und wichtig, solange sie sich auch ihrer Schulpflicht bewusst sind. Wir haben nichts dagegen, wenn sie von ihrer Versammlungsfreiheit Gebrauch machen, solange dies nicht während der Schulzeit passiert.

Die jungen Menschen haben jeden Grund zu protestieren und wir unterstützen ihr Anliegen, konkrete Handlungen für den Klimaschutz zu fordern. Die letzten Regierungen haben dieses Thema verschlafen. Wir werden dafür sorgen, dass wir auf diese Herausforderung die richtigen Antworten geben.

Mit Begeisterung. Wir unterstützen „Fridays for Future“, legen aber Wert darauf, diese Bewegung nicht zu vereinnahmen. Die jungen Menschen sind ein Gradmesser, an der auch wir unsere Politik messen lassen müssen. Ihre Energie und ihre Beharrlichkeit zwingen die Politik weltweit zu handeln.

○ **Wie sieht es in Sachen Nachhaltigkeit im Beruf aus? Welche Jobs haben Zukunft, welche sind Auslaufmodelle?**

Die Digitalisierung und Globalisierung haben die Arbeitswelt massiv verändert. Das bringt Ängste und Sorgen mit sich. Diese nehmen wir ernst, verstecken uns aber nicht vor den Herausforderungen, sondern wollen sie in Chancen umwandeln.

Wir sind die einzige Kraft im Land, die Antworten für ArbeitnehmerInnen auf die Herausforderungen des digitalen Wandels und der Klimakrise hat. Der Schlüssel liegt in einem Recht auf Arbeit. Jeder soll von seiner Arbeit gut leben können.

„Zukunftstaugliche“ Berufsbilder müssen der Digitalisierung Rechnung tragen. Zur Stärkung des Standortes haben wir Maßnahmen mit dem Ziel der Reduktion von Bürokratie oder der hohen Steuer- und Abgabenlast vereinbart.

Die oft diskutierten Jobverluste wegen der Digitalisierung finden selten statt. Jobprofile verändern sich dynamisch. Um mit diesem Wandel Schritt zu halten, müssen sich Menschen mehr fort- und weiterbilden. Das gehört gefördert.

Studien sehen Männer mit geringer und Frauen mit mittlerer Ausbildung von Veränderung betroffen. Wir wollen eine Arbeitszeitverkürzung und einen Rechtsanspruch auf Ausbildung und Qualifikation bei existenzieller Absicherung.